

(Abg. Uhlig.)

(A) Beispielen. Aber wenn der Herr Abg. Dr. Böhme auf der anderen Seite gesagt hat, daß die Ethik, die die Sozialdemokratie an Stelle dieser kirchlichen Ethik setze, sehr dürftig sei, wenn er das gefolgert hat aus der Äußerung von Karl Kautsky, daß gut und sittlich sei, was zur Förderung der proletarischen Interessen geeignet sei, nun, so bitte ich zu gestatten, ihm ein Zitat gegenüberzuhalten, das der Feder eines Mannes entstammt, auf dessen Grundsätzen angeblich unser ganzes Schul- und Erziehungswesen aufgebaut ist, ein Zitat von Pestalozzi, das aber in seinem Inhalte und seinem Sinne so vollständig die Ansicht von Kautsky deckt, daß ich glaube, Sie werden davon überrascht sein. Ich bitte den Herrn Präsidenten, das Zitat verlesen zu dürfen.

(Präsident: Wird gestattet.)

(B) „Im Sumpfe des Elends wird der Mensch kein Mensch. Die erste Pflicht des Menschen ist, der Armuth seiner Mitmenschen, wo er kann aufzuhelfen, damit ein jeder ohne Drang und Kummer des Lebens Nothdurft erstreiten möge, und diese erste Pflicht des Menschen ist besonders die erste Pflicht derjenigen, die Gott zu Vätern über andre gesetzt hat . . . Ewig wird es . . . eine unwidersprechliche Wahrheit bleiben, daß die Emporhebung der niedersten Stände aus ihren Tiefen ein unumgängliches Bedürfnis der Nationalität ist.“

Meine Herren! Ich habe dem wahrhaftig nichts hinzuzufügen.

Einen einzigen Punkt habe ich noch zu besprechen, das ist die Haltung des Kultusministeriums zu der studentischen Vereinigung in Leipzig. Wir sehen, wie heute die Kultusverwaltung die Jugendfürsorge betreibt, wir sehen aber, wie sie sie durchaus in tendenziöser Weise gestalten will, und genau dieser Auffassung, die in der Jugendfürsorge der Regierung zur Geltung kommt, entspricht auch das Vorgehen gegen die Leipziger Finkenenschaft. Meine Herren! Die Leipziger Freie Studentenvereinigung hatte zum Zwecke objektiver Aufklärung über die Programme aller politischen Parteien eine ganze Reihe von Politikern zu Vorträgen eingeladen, den Führer der Konservativen Herrn v. Heydebrand, den Führer der Freikonservativen Herrn v. Zedlitz, den Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer, und hatte dann auch noch den Sozialdemokraten Bernstein zu einem Vortrage über das sozialdemokratische Parteiprogramm eingeladen. Ich meine, ein höheres Maß von Objektivität kann man sich überhaupt nicht denken. Aber in jener Versammlung hat dann der bekannte Reichs-

verbändler Henrici, der in der Presse selbst mitgeteilt (C) hat, daß ihm die Schwarzen in Afrika den Schädel eingeschlagen hätten, zum Zwecke bewußter Provokation ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht. Er wurde, weil er die Absicht der Störung der Versammlung hatte, aus dem Saale ausgewiesen und richtete nun eine Denunziation gegen die Freie Studentenschaft. Das Ministerium hat eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet. Es hat zwar nichts Unrechtes an dem Verhalten des Leiters jener Versammlung finden können, aber es hat trotzdem der Universitätsbehörde einen indirekten Küffel erteilt:

„Das Ministerium hofft, daß in Zukunft von der Zulassung von Nichtstudenten zu solchen Versammlungen abgesehen wird und daß die Einladung sozialdemokratischer Redner unterlassen wird.“

(Sehr richtig! rechts.)

Und dieser „Hoffnung“, die doch darauf hinausläuft, den Studenten auch die objektive Unterrichtung über das Wesen der Sozialdemokratie unmöglich zu machen, dieser „Hoffnung“ ist dann durch die Universitätsbehörde entsprochen worden, und zwar durch die Auflösung der Freien Studentenvereinigung, durch die (D) Bildung einer anderen Vereinigung unter Aufstrotzung eines Zwangsstatuts, das den Studenten untersagt, sich mit religiösen und politischen Fragen zu befassen.

Meine Herren! Die Leipziger Studentenschaft hat alles mögliche versucht, hat sich entgegenkommend gezeigt gegen die Wünsche der Universitätsbehörde. In einem Flugblatte, das zu einer Versammlung einlud, in der die Studenten zu der Sache Stellung nehmen sollten, stand der Satz: „Die Meinung der Mehrheit der Nichtinkorporierten will der hohe akademische Senat hören, nicht die weniger Führer“, und darauf hat der Senat geantwortet: „Der Senat will überhaupt nichts hören, er will, daß sie gehorchen“, und deswegen mußte dieser Satz aus dem Flugblatte ausgemerzt werden. Meine Herren! Das läuft doch rein darauf hinaus, daß man keine selbstständig denkende Studentenschaft will, daß man nicht will, daß die Studentenschaft sich objektiv über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Bestrebungen der verschiedenen Parteien unterrichtet. Ich meine, wenn unsere Studentenschaft die geistige Zukunft Deutschlands darstellt, dann ist es doch ein unerhörtes Vorgehen, hier in dieser Weise